

## Neuaufteilung der Welt?

Zum transatlantischen Freihandelsabkommen

Helmut Scholz

Derzeit wird unser Planet von einem Netz neuer bilateraler Handelsverträge umspannt. Treibende Kräfte sind die alten Wirtschaftsmächte EU und USA. Aber auch neue Akteure in der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts wie China oder Indien sind dabei. Solche Abkommen üben hohen Druck auf konkurrierende Ökonomien in den jeweiligen Regionen aus. So verschafften die Abkommen EU-Korea und Korea-USA den südkoreanischen Elektronik- und Automobilherstellern einen so großen Kostenvorteil, dass die japanische Regierung an den Verhandlungstisch mit der EU (bilateral) und mit den USA (plurilateral im Pazifikabkommen TPP) gezwungen wurde. China hat nun darauf reagiert. Es verhandelt mit Korea und Japan. Jetzt erwägt es sogar den Beitritt zu den Verhandlungen über ein plurilaterales Dienstleistungsabkommen (TISA).

Die Europäische Union und die USA schließen zunehmend bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit verschiedenen Partnern ab. Diese gehen weit über den WTO-Rahmen hinaus. Sie beinhalten eine Liberalisierung des Warenhandels, zielen auf den Marktzugang beim Dienstleistungshandel, auf die öffentlichen Beschaffungsmärkte und die Regulierungen von Qualitätsnormen wie auch auf den Schutz von geistigen Eigentumsrechten. Seit Inkrafttreten des Lissabonner EU-Vertrages ist der Abschluss solcher Abkommen alleinige EU-Kompetenz. Die Kommission verhandelt im Auftrag des EU-Rates autark. Nach Abschluss der Verhandlungen muss das Ergebnis von beiden Gesetzgebern, also Rat und Europäisches Parlament, bestätigt werden – und kann auch abgelehnt werden, wie bereits beim ACTA geschehen.

Ein TTIP-Abkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership) würde durch Umfang und Wirtschaftskraft der Partner alle anderen bilateralen Abkommen in den Schatten stellen. Es geht um fast 45 Prozent des globalen Bruttonettoprodukts. Das TTIP hätte gewaltige Konsequenzen für die Welthandelsarchitektur. Die Folgen für Wettbewerber aus Ostasien und

anderen Regionen wären gravierend. Im Jahr 2014 werden in China zirka 17 Millionen Autos neu zugelassen; in der EU zirka 11 Millionen. Eine „vereinte“ Marktmacht von EU und USA (32 Prozent der Weltproduktion an PKW und 35 Prozent der Autokäufe) würde sichern, dass Industriestandards auch künftig im TTIP-Raum definiert und nicht in China werden. Zudem ist ein Protokoll über gemeinsames Vorgehen bei der Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffreserven in aller Welt geplant. Manche sprechen deshalb auch von einer „Wirtschafts-NATO“.

Die neuen Vertragsnetze sind Ausdruck der globalen Durchsetzung der konzernbasierten Ökonomie. Dies wird mit der Risikoökonomie der finanzkapitalistischen Sphäre verbunden. Im Zuge dieser Entwicklung definieren sich weltweit Zentren und Peripherien neu. Dieser weltwirtschaftliche Einschnitt ist gravierend und erinnert an die Aufteilung der Welt im imperialen Zeitalter des 19. Jahrhunderts. Das ist gefährlich, wenn ein Land wie Russland mit nur zwei global relevanten Faktoren – dem Machtfaktor Militär und dem Pfund Rohstoffe – sich nicht in die Peripherie abschieben lassen will. Es reagiert dann mit dem, was es hat: Bedrohungspotenzial. Schwere Probleme entstehen, wenn große Teile der Bevölkerung in bislang nationalstaatlich organisierten Ökonomien von der Entwicklung abgekoppelt werden. Diese „Surplus Population“ sozial zu versorgen ist in der Konzernökonomie „die letzte Aufgabe“ der nationalstaatlichen Regierung. Aber solche Abkommen erzeugen einen Regulierungsrahmen, in dem Regierungen entweder überflüssig werden oder mehr oder weniger offen als Instrument einer kleinen kleptokratischen Elite dienen.

Auch die Rolle von nationalen Parlamenten nimmt im Kontext solcher Verträge ab. Zwei geplante Instrumente im TTIP, der Regulierungsrat zur Überprüfung neuer Gesetze und das Investor-Staat-Klagerecht, erheben Standardsetzung und Investitionssicherheit zum Ziel. Es geht um die vertragliche Verankerung von Marktmacht. Das TTIP führt nach Deregulierung zu Re-Regulierung und Standardverengung und dient vorrangig der Profitoptimierung global agierender Konzerne. Es ist eine Gefahr für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, denn es verringert die Innovationskraft der Menschheit zur Bewältigung planetarer Probleme. 🌐



Helmut Scholz,  
geb. 1954, MdEP, Mitglied  
der Fraktion GUE/NGL.  
helmut.scholz@  
europarl.europa.eu